

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

176 (2.8.1920)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 30 J. Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühren, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Eröffnung des internationalen Sozialistenkongresses.

Genf, 31. Juli. (Privattelegramm.) In Anwesenheit von rund 150 Delegierten wurde heute Samstag der Kongress der zweiten Internationale durch den Alterspräsidenten Robert Seibel-Büchli eröffnet. Vertreten sind am Kongress: Frankreich mit 11, England mit 28, Holland mit 6, Polen mit 7, Palästina mit 9, Schweden mit 14, Deutschland mit 12, Belgien mit 22, Italien mit 4 und die Schweiz mit 8 Delegierten (Schweizer. Grünl. Verein). Zum Präsidenten des Kongresses wurde Tom Shaw und zum Vizepräsidenten Trilstra (Holland) bezeichnet. Zur Vorbereitung der Kongressgeschäfte werden zunächst vier Kommissionen eingesetzt: 1. Kommission für die Einheit der Partei und für die neuen Satzungen; 2. Allgemeine Politik und Schulfrage; 3. Sozialisierung und Frage der Diktatur oder Demokratie und 4. die Mandatsprüfungskommission.

Am Schlusse der Verhandlungen brachte der Vorsitzende ein Telegramm zur Verlesung, in welchem mitgeteilt wird, daß die belgischen Minister Vanderveelde und Anseele sich nicht am Kongress beteiligen werden. Dringende Amtsgeschäfte zwingen sie, in Brüssel zu bleiben.

Am sechsten Jahrestag des Ausbruchs des großen Weltkrieges ist nunmehr der bedeutendste Kongress in Genf eröffnet worden, der zweite Kongress der zweiten Internationale nach dem Friedensschluß. Nachdem schon bei der vorjährigen Konferenz in Luzern der Keim des Scheiterns gelegt wurde, gilt es jetzt bei der Konferenz in Genf diesen Keim zur Entfaltung zu bringen.

Das Bild der gegenwärtigen weltpolitischen Situation zeigt immer noch die Ohnmacht des internationalen Sozialismus gegenüber dem siegreichen Imperialismus der Entente. Deutschland steht unter der Last eines brutalen Diktatortriebs und wenn die Konferenz in Luzern den guten Willen der Internationale ausgesprochen hat, eine Revision des Friedens von Versailles herbeizuführen, so muß gesagt werden, daß man von Hoffnungen in dieser Hinsicht bei den Ententesozialisten noch nicht viel gemerkt hat. Dem Diktat von Versailles ist die Diktat von Spa gefolgt. Es wäre nicht möglich, wenn die Welt so aussehen würde, wie sie aussehen müßte, wenn der internationale Sozialismus schon die Macht hätte, die er haben soll und haben will.

Hoffen wir, daß der Kongress in Genf Klarung schaffen wird, um über die grundsätzlichen Methoden des Klassenkampfes zu entscheiden und die Vertiefung des Sozialismus zu beschleunigen. Nur die internationale Vereinigung des Proletariats verdrängt den Weltfrieden und nur in der methodischen Arbeit eines praktischen Sozialismus ist der Ausweg aus den wirtschaftlichen Wirren und Nöten zu finden.

In diesem Sinne begrüßen wir den Kongress der zweiten Internationale.

#### Die Eröffnungssitzung.

Genf, 31. Juli. Der Kongress der zweiten Internationale wurde heute vormittag um 11 Uhr durch den Generalsekretär der Internationale, Camille Gussmans, eröffnet. An Stelle des infolge von Erkrankung am Erscheinenden vertritt ihn Arthur Henderson und des durch dienstliche Geschäfte zurückgebliebenen schwedischen Ministerpräsidenten Branting empfahl das Bureau dem Kongress, den englischen Delegierten Tom Shaw zum Präsidenten und den holländischen Delegierten Trilstra zum Vizepräsidenten zu wählen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Präsident Shaw nahm hierauf das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Arbeit des Kongresses zu einem einigermaßen positiven Ergebnis führen würde. Er schilderte die trostlose Lage der verschiedenen Staaten Europas, besprach namentlich die Ermordung des deutschen Kaisers und die Notwendigkeit einer Disziplinierung und erklärte mit Bezug auf Rußland, aus dem er erst vor kurzem als Mitglied der englischen Delegation zurückgekehrt sei, daß in dem Gebiet der Sowjetrepublik die Bevölkerung erhalte. Shaw kam sodann auf die in der Internationale eingetretene Gegenüber zu sprechen und erklärte, daß die Internationale den Gedanken aufgeben müsse, ein einheitliches, für alle gültiges Arbeitsprogramm in allen Ländern durchzuführen. Jedes Volk müsse seine vollkommene Freiheit behalten in der Verwirklichung des sozialen Zieles. Es erscheine höchste Zeit, daß die Internationale zu ihrem Wiederaufbau schreite, wobei sie sich auf gewisse Hauptpunkte beschränken müsse, da doch niemals eine Einigung aller Gruppen erzielt werden könnte.

Zur Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele müsse er die russische Methode entschieden ablehnen. Die zweite Internationale dürfe sich aber nicht als Feind Sowjetrußlands betrachten. Die Westmächte hätten die Haltung gegenüber Sowjetrußland bereits wesentlich geändert, wobei der Labour Party ein großes Verdienst zuzuschreiben. Der zu erwartende Abschluß eines Friedens mit Rußland werde auch den arbeitenden Klassen aller Länder zugute kommen. Redner kam sodann auf den russisch-polnischen Krieg zu sprechen und gab dabei der Überzeugung Ausdruck, daß der politische Fortschritt eine Folge von Abmachungen zwischen Polen und ukrainischen Diktator Petljura war, auf Grund deren Polen ukrainisches Gebiet nehmen konnte.

Shaw berührte sodann die sogenannte Verantwortlichkeitsfrage und gab der entschiedenen Meinung Ausdruck, daß die Schuldfrage nicht mehr zum Gegenstand eines Zwistes auf einem sozialistischen Kongress gemacht werden dürfe. Er schloß mit dem Hinweis, daß Parteien, die sich für die Ver-

antwortlichkeitsfrage interessierten, Vorschläge einbringen möchten und daß dann über diese Vorschläge einfach abgestimmt würde. Redner verbreitete sich darauf über die Frage Diktatur oder Demokratie und sprach sich mit aller Entschiedenheit dahin aus, daß der Sozialismus auf dem Wege der Demokratie seiner Verwirklichung entgegengeführt werden müsse.

Nach Shaw's Rede erging namens der französischen Dissidenten-Partei Arthur Kozier das Wort und protestierte dagegen, daß der Streit um die Schuldfrage begraben werde. Auch wandte er sich gegen einen debattelosen Austausch von Erklärungen über dieses Thema. Seine Ausführungen fanden eine sehr kühle Aufnahme. Namens der deutschen Sozialdemokratie antwortete Dr. Adolf Braun, welcher ausführte: Wir wollen uns einer Diskussion nicht entziehen, wenn wir auch eine solche als fruchtlos, unvortheilhaft und verfrüht erachten. Jene, die uns anklagen, haben keinerlei Akten vorzulegen, wir dagegen alle. Ohne Kenntnis der Ententeakten sei aber die Besprechung der Schuldfrage sehr schwierig. Ein fruchtbarer Arbeit kann sich nicht in historischen Betrachtungen erschöpfen. Das Proletariat erwartet von diesem Kongress positive Ergebnisse.

Die Rede Brauns wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, auch nach ihrer Uebersetzung ins Englische.

Shaw machte den Vorschlag, die Angelegenheit einer Kommission zur Beratung zu überweisen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Sodann trat Camille Gussmans persönlich, aber nicht für die belgische Delegation, für eine Verlegung des Sekretariats nach London ein. Seine Ansicht begründete er damit, daß einmal Englands Arbeiterpartei sehr stark sei, und außerdem wies er auf die Großmachtsstellung Englands hin. Die Angelegenheit könne erst entschieden werden, wenn ein soeben eingetroffener Brief von Arthur Henderson, der sich auf diese Frage bezieht, bekannt geworden sei.

Sodann machte Gussmans die Mitteilung, daß der Kongress voraussichtlich bis nächsten Donnerstag dauern werde. Nach seiner Meinung dürfe der Kongress nicht auseinandergehen, bevor er den Bericht der britischen Kommission, die in London war und von der zwei Mitglieder, Shaw und Arthur Henderson, anwesend seien, angehört habe.

Gussmans teilte mit, daß auf Wunsch verschiedener französischer und belgischer Delegierten der Kongress eine Resolution beschließen solle zur Ehre von Jaures. Wenn er noch am Leben wäre, wäre er sicherlich heute zugegen und würde für die Verwirklichung des Sozialismus durch die Demokratie eintreten. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren Jaures. Gussmans erinnerte den Kongress sodann daran, daß morgen die nationalen Feiertage begehe und sprach dem gastlichen Lande, das aus eigener Kraft sich seine Freiheit geschaffen habe, die Sympathie des Kongresses aus. Die Versammlung wurde um 12 Uhr 30 Minuten mittags geschlossen.

#### Die Kommissionen.

Die Kommissionen begannen gestern nachmittags ihre Arbeiten. Die erste Kommission schlug dem Kongress vor, eine Kommission zu bestellen mit dem Auftrage, Verhandlungen mit den Gruppen, die der zweiten Internationale nicht angehören, einzuleiten, um mit diesen zusammen eine starke einheitliche Internationale zu errichten auf der Grundlage der traditionellen und demokratischen Grundsätze des Sozialismus. Die zweite Kommission beriet die Frage der Schuld an den Kriegen. Sie beschloß, eine Unterkommission mit der Ausarbeitung einer Resolution zu beauftragen. Eine dritte Kommission, die die Sozialisierung zu prüfen hat, beschloß, eine Unterkommission zu ernennen. In Bezug auf die Sozialisierung empfiehlt die Kommission die Anwendung der demokratischen Grundsätze bei den Industriebetrieben, d. h. die Gewährung eines Einflusses der Arbeiter auf die Gestaltung der Betriebe. Die vierte Kommission, an der kein Deutscher teilnimmt, beschloß, die Frage der Zulassung der in Genf anwesenden französischen Delegierten dem Kongress selbst zur Entscheidung vorzulegen.

Die Kommission für die Verantwortlichkeitsfrage des internationalen sozialistischen Kongresses nahm gestern unter Vorbehalt der Zustimmung der deutschen Delegation die noch nicht vollständig in Genf erschienenen ist, einstimmig eine Resolution zur Kriegsschuldfrage an, in der es heißt: Der Kongress erneuert die Erklärungen der alliierten Sozialisten vom Juli 1915, daß das kapitalistische System durch Ueberflutung seiner Interessenpolitik und seiner Raffinesse eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist und erklärt gleichzeitig, daß ein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich dann auch nicht ausschließlich, in der mit Kapitalismus gepaarten Gewissenlosigkeit ihrer jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber liegen. Der Kongress befestigt seinen festen Willen, alle seine Kräfte der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und von nun an zu kämpfen gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale.

Den Verhandlungen der Kommission, die diese Resolution einstimmig beschloß, wohnte deutschseits der Abg. Braun bei. Die Resolution soll Montag in einer Vollversammlung des Kongresses zur Verhandlung kommen. Für die Frage der Zulassung hat die Kommission eine Unterkommission gebildet.

#### Erste Sitzung des Völkerbundesrates.

Paris, 31. Juli. Die Agentur Havas berichtet aus San Sebastian, daß dort der Völkerbundsrat gestern nachmittags 5 Uhr zu seiner ersten Sitzung unter dem Vorsitz von Vinces de Leon zusammengetreten sei. An der Sitzung nahmen teil: Grynans, Di Gunha, Balfour, Bourgeois, Tittoni und Natani.

### Zum Sozialistenkongress in Genf.

Von Eduard Bernstein.

Der internationale Sozialistenkongress, der am 31. Juli in Genf zusammengetreten ist, hat eine größere und bedeutungsvollere Aufgabe zu erfüllen, als irgend eine der ähnlichen Konferenzen der letzten Jahre. Es soll sich auf ihm entscheiden, ob inmitten der Zerfahrenheit, die sich unter den Rückwirkungen des Weltkrieges eines großen Teiles der sozialistischen Internationale bemächtigt hat, ein Stamm von Verfechtern der bisher von ihr hochgehaltenen Grundzüge und Ideen zusammenhält, der stark genug ist, Vertrauen in seine Leistungskraft zu verbreiten und den heute an der zweiten Internationale irre gewordenen sozialistischen Parteien und Gruppen früher oder später den Gedanken der Rückkehr in diese oder der Wiederherstellung der Einheit der sozialistischen Bewegung der Kulturwelt erscheinen zu lassen.

Die Lage der sozialistischen Internationale ist heute eine ähnliche, wie sie es vor nahezu fünfzig Jahren nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges gewesen war. Auch jener Krieg hat die Wirkung gehabt, eine Spaltung der Internationale herbeizuführen. Nur waren die Größenverhältnisse andere. Wie der Weltkrieg den deutsch-französischen Krieg an Umfang der beteiligten Massen und an Schärfe der Gegensätze und aufgewühlten Probleme übertraffen hat, so hat auch der durch ihn verursachte Konflikt in der zweiten sozialistischen Internationale soviel größere Massen erfasst und soviel schärfere Gegensätze auf die Tagesordnung gesetzt als der Konflikt von 1871/72 in der ersten sozialistischen Internationale.

Im letzten Grunde freilich liegt dem heutigen Streit auf dem Gebiet der Auffassung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse derselbe Gegensatz zugrunde wie dem Streit von 1871/72. Was damals Michael Bakunin Marx und dem Londoner Generalrat der Internationale gegenüber verfocht, verfochten heute die Bolschewiken Lenin und Genossen denjenigen Sozialisten gegenüber, welche in der sozialistischen Internationale die von Marx für diese aufgestellten Grundzüge auch weiterhin in Geltung erhalten wollen.

Marx hatte der Internationale den möglichst weiten Rahmen geben wollen, der mit der Anerkennung des Klassenkampfes der Arbeiter und der Verpflichtung auf diesen verträglich war. Anders Bakunin. Ihm, dem Angehörigen des despotisch regierten Rußland, das eine proletarische Klassenbewegung überhaupt noch nicht kannte, fehlte jenes Vertrauen in die sozusagen selbsttätige Erziehungskraft des Klassenkampfes der Arbeiter, und was er damals in Italien und der französischen Schweiz, wo er sich vorzugsweise aufhielt vor sich sah, war auch nicht geeignet, ihm etwas davon einzufloßen. So verlegte er sich umgekehrt darauf, eine Bewegung zu schaffen, welche die mangelnde innere Kraft durch ein möglichst radikales Programm erziele. Er gründete den Bund der sozialistischen Demokratie („Alliance de la démocratie socialiste“) mit dem Ziel, die radikalen Elemente der Internationale zu dem Zweck zusammenzufassen, dieser eine feinen Ideen entsprechende Haltung und Politik aufzubringen. Das Jahr 1872 sah eine ähnliche Rahmenflucht aus der zum Londoner Generalrat haltenden Internationale sich vollziehen, wie wir sie heute gegenüber der zweiten Internationale vor sich sehen.

Nachträglich haben viele jener Ueberläufer ihren Irrtum eingesehen und offen eingestanden.

Heute ist es nicht wesentlich anders als damals. Auch heute spielen Stimmungen eine viel größere Rolle als sachgemäße den Streitfragen auf den Grund gehende Ueberlegungen. Wir wissen ein wie verschwommenes Bild in dieser Hinsicht unsere Unabhängigen darbieten. Anderwärts steht es jedoch durchaus nicht wesentlich anders: Die man zum Beispiel das Protokoll der Konferenz der britischen Independent Labour Party (I. L. P.), auf der mit 529 gegen 144 Stimmen die Auflösung von der zweiten Internationale beschloffen wurde, so wird man bei denen, welche für die Auflösung sprachen, die widerspruchsvollsten Meinungen vertreten finden.

In dem Augenblick, wo ich dies schreibe, liegen noch keine erschöpfenden Nachrichten über den Verlauf des Kongresses der Moskauer Internationale vor, wissen wir noch nicht ob es zu einem Kompromiß der strengen Moskauer Richtung mit den Parteilosen des halben Weres geführt hat oder diesen letzteren von den extremen der Eintritt nur gegen die vorbehaltlose Unterschreibung des Moskauer Programms gestattet wird. Wie dem aber auch sei, so haben wir jedenfalls mit der Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens der Internationalen Konferenz zu rechnen, die von den französischen Sozialisten und den deutschen Unabhängigen in Aussicht genommen worden ist und schon die Zustimmung der Sozialisten verschiedener anderer Länder, darunter die britische I. L. P. erhalten hat. Auf ihr soll der Zusammenschluß aller wahrhaft revolutionären Sozialisten beraten werden.

Die Berliner Konferenz wird vorher zusammengetreten. Wie soll sie sich im Hinblick auf sie verhalten? Ich bin der Ansicht, daß sie nichts Besseres tun kann, als das Festhalten an den Grundzügen auszusprechen, die die zweite Internationale die ganzen Jahre ihres Bestehens über als die Leitgedanken ihres Kampfes auf ihre Fahne geschrieben und in die Praxis zu überführen gesucht hat. Das klingt konservativ, ist es aber nicht. Denn diese Leitgedanken schreiben keine ein für allemal und für alle Länder festgelegte Methode und Taktik des politischen Kampfes vor. Sie anerkennen, daß der Fortgang der Entwicklung neue Formen und Methoden des politischen Kampfes und der sozialistischen Arbeit möglich und notwendig macht, und behalten den Parteilosen wie der Internationale selbst das Recht vor, für die praktische Anwendung der Leitgedanken die notwendigen Veränderungen gemäß normativen Bestimmungen zu treffen, welche sich als notwendig erweisen haben, die Bewegung auf der Höhe der Entwicklung

zu halten. Wenn Verträge gegen den Geist der Zeitgedanken und der bisher beschlossenen Normativbestimmungen vorgekommen sind, so beweist das nichts gegen deren Gültigkeit und die Notwendigkeit der sie aufrecht erhaltenden Organisation.

In Genf werden Anklagen wegen solcher tatsächlich oder vermutlich begangenen Verträge zur Sprache kommen. Ich zweifle nicht, daß sie in recht sozialistischem Geiste ihre Erledigung finden werden, daß Hart in der Sache, solange begangene Fehler festzustellen sind, unparteiisch im Urteil und gleichwohl in den Folgerungen für die Gesamtbewegung die Rücksicht der Konferenz bei ihrer Behandlung sein wird.

Seute sind die Geister weithin in Verwirrung geraten, vielfach glaubt man mit neuen Formeln das Erreichte zu können, für dessen Nichtverwirklichung man irrtümlich die alten Leitfäden verantwortlich macht. Da gilt es zu zeigen, daß nicht an diesen es lag und liegt, wenn das Erstrebte noch nicht verwirklicht ist, daß sie ihre Verberkung und ihren Wert als Wegweiser noch nicht eingebüßt haben. Genf hat zu zeigen, daß in diesen Tagen des Saizens und Suchens der Stamm noch da ist, der seinen Kampf nicht verloren hat.

### Politische Uebersicht.

Der „Bad. Beobachter“

nimmt in letzter Zeit in recht auffälliger Weise den weißen Terror in Ungarn in Schutz und bringt fast täglich Artikel und Notizen, um ihn zu beschönigen. Besonders in der Freitagnummer widmet er wieder 1/2 Spalten dieser Uebung. Danach soll es gar nicht so schlimm sein mit den Mordtaten des weißen Terrors im neuen christlichen Ungarn. Der Bericht eines diplomatischen Vertreters Englands in Budapest wird als Zeuge angerufen; desgleichen Aeußerungen eines englischen Admirals Traubridge, Aeußerungen, die eine bestimmte Tendenz der Entente an der Stirne tragen.

Aus eigenem Bemerkt der „Beobachter“ dazu, worauf er eigentlich hinauswill. Er schreibt:

„Wir nehmen von diesen einwandfreien englischen Feststellungen Notiz, nachdem vielfach allerlei Schwindel über Ungarn verbreitet wurde, auch in der deutschen Presse. Dieser Schwindel stammt aus unsauberen Quellen. Internationale bolschewistische und gewisse freimaurerische und jüdische Elemente hatten Interesse an deren Verbreitung, weil zur Zeit die Freimaurer in Ungarn nicht mehr so frei sind wie früher — die Logen wurden bekanntlich aufgehoben — und das ungarische Volk sich auflehnt gegen den durch die Zahl der jüdischen Bevölkerung nicht gerechtfertigten Einfluß der Juden auf das öffentliche Leben. In Ungarn sucht man indes zur Zeit die Parität wieder herzustellen, worunter die Juden allerdings leiden mögen, da sie bisher auf verschiedenen Gebieten zu stark, z. B. in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl, vertreten waren.“

Etwas anders verhält sich die Sache aber nun doch. Wie nämlich aus Wien berichtet wird, hat sich die Gorty-Regierung zum erstenmale herbeilassen müssen, selbst die Nachricht von einem der Greuel auszugeben, die jetzt in Ungarn verübt werden dürfen, ohne einen Richter fürchten zu müssen. Das ist wohl wie das „Neue Wiener Tagblatt“ bemerkt, darauf zurückzuführen, daß einer der beiden Ermordeten ein notabler Mann, der Direktor der Ungarischen Allgemeinen Sparkasse war. Ein solcher Skandal, so meint das Blatt, habe sich nicht vertuschen lassen und der neue Ministerpräsident Graf Teleki habe sich genötigt gesehen, über die Schandtat sofort öffentlich zu sprechen. Dabei bleibt allerdings, wie die „Arbeiterzeitung“ schreibt, das frühere Verfahren der Vertuschung auch jetzt noch insofern bestehen, als die amtliche Meldung die Leute, die das Budapest Kaffeehaus überfielen, die Götze mißhandelten und zwei von ihnen ermordeten, geheimnisvoll als „zehn Männer“ bezeichnet, obwohl es kaum zweifelhaft ist, daß die Uebeltäter, die ja in aller Öffentlichkeit handelten, zum mindesten der Gattung nach bekannt sind. Es ist in der Tat nicht fraglich, daß sie jenen Kreisen angehören, die seit dem Umsturz der Räteherrschaft und — das kann wohl einmal gesagt werden — unter den merkwürdigen ungeschickten Augen der Entente das Land in der schändlichsten Weise terrorisieren.

### Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

In dieser Ehe wurde nach ein paar Jahren ein Knabe geboren und mit derselben Sparfamkeit erzogen. „All weber'n Dreiling umfünfst utgeb'n!“ Dies geselligste Wort lief einmal durch die Stadt; Hans Adam hatte es seiner Frau angeworfen, als sie ihrem Jungen am Werktag einen Strupfkuchen gekauft hatte. Trotz dieser dem Geize recht nahe verwandten Genauigkeit war und blieb der Kapitän ein zuverlässiger Geschäftsmann, der jeden ungeziemenen Vorteil von sich wies; nicht nur insofern einer angeborenen Rechtfchaffenheit, sondern ebensowohl seines Ehrgeizes. Den Platz im Schifferstuhle hatte er sich errungen; jetzt schwebten höhere Würden, denen er nichts vergeben durfte, vor seinen Sinnen; denn auch die Stube im Magistratskollegium, wenn sie auch meist den größten Familien angehörten, waren mitunter von dem kleineren Bürgerstande aus besetzt worden. Jedenfalls, seinem Heinz sollte der Weg dazu gebahnt werden; sagten die Leute doch, er sei sein Ebenbild: die fest auslugenden Augen, der Kopf voll schwarzbrauner Locken seien väterliche Erbschaft, nur statt des krummen Rückens habe er den schlanken Wuchs der Mutter.

Das Hans Kirch an Härlichkeit besaß, das gab er seinem Jungen; bei jeder Heimkehr lugte er schon vor dem Wacker durch sein Glas, ob er am Safenplatz ihn nicht gewahren könne; kamen dann nach der Landung Mutter und Kind auf Deck, so hob er zuerst den kleinen Heinz auf seinen Arm, bevor er seiner Frau die Hand zum Willkommen gab.

Als Heinz das sechste Jahr erreicht hatte, nahm ihn der Vater zum erstenmal mit sich auf die Fahrt, als „Spielbevel“, wie er sagte; die Mutter sah ihnen mit besorgten Augen nach; der Knabe aber freute sich über sein blankes Gesicht und lief jubelnd über das schmale Brett an Bord; er freute sich, schon jetzt ein Schiffer zu werden wie sein Vater, und nahm sich im Stillen vor, recht tüchtig mitzu-

Da es zu den Eigentümlichkeiten dieser Art von Menschen gehört, daß sie ihre Tat womöglich ohne eigene Gefahr ausführen wollen, so beweist ihre neueste Untat, daß sie von dem Ministerium Teleki nicht mehr fürchten zu müssen glauben als von der vorübergehenden Regierung. Die systematische Straflosigkeit des Mordes ist aber eine Erscheinung, die in einem zivilisierten Staateswesen undenkbar ist, und als solches dürfte daher Ungarn nachgerade nicht mehr gelten, solange nicht durch mehr als durch bloße Worte erwieken ist, daß die Mörder sich nicht der stillschweigenden Zustimmung der öffentlichen Gewalt rühmen dürfen.

### Die Nachforschungen über die Schwindelmacht der Magdeburger Zeitung.

Unser Magdeburger Parteiorgan berichtet über das Ergebnis von Nachforschungen, die es im Anschluß an die Schwindelmacht der „Magdeburger Zeitung“ über die angeblich geheime Umarmungen zwischen den ungarischen und ungarischen Angehörigen hat. Diese Nachforschungen haben ergeben: In Magdeburger Großbetrieben sind zum Teil im Einverständnis mit dem Unternehmertum Petrolwerke als Arbeiter eingestellt, welche die Aufgabe haben, die Arbeiterkraft auszuheben und das Ergebnis zur weiteren Verarbeitung an die Zentrale abzuliefern. In dieser Zentrale werden die Spittelberichte zu Stimmungsberichten aus der Magdeburger Arbeiterkraft bearbeitet und in langen Telefongesprächen nach Berlin an die Hauptzentrale weitergegeben. Die Berliner Hauptzentrale ist die antibolschewistische Liga, die sich verschiedene Firmennamen gegeben hat.

Die Nachricht über das angebliche Kommen der Unabhängigen mit der Sowjetregierung war derart auffallend, daß wir hinter die damalige Volksempörung ein drittes Fragezeichen machen mußten. Merkwürdigerweise will aber die „Neue Bad. Landeszeitung“ an den Meistfall ihres demokratischen Schmelzorgans in Magdeburg noch nicht glauben, indem sie die Meldung des „Vorwärts“, daß die Nachricht von A bis Z erlogen ist, nach wie vor in Frage stellt und erst eine Erklärung der „Magdeburger Ztg.“ abwarten will. Ist vielleicht der Wunsch Vater ihres starken Glaubens?

### Das „leere Strohh“ der „Bad. Presse“.

Die „unparteiisch“ sein wollende „Badische Presse“ nimmt sich heraus, den internationalen Sozialistenkongress in Genf zu begrüßen. Weiteren sollte der internationale Sozialistenkongress in Genf seine Verhandlungen beginnen. Wie üblich, wird bei dieser Gelegenheit viel leeres Strohh gedroschen. Was das Blatt sonst über die Aufgaben des Genfer Bergarbeiterkongresses und die Aufgaben der Internationale schreibt, ist eine Einzigeung nicht wert. Es ist in Wirklichkeit „leeres Strohh“, der Grundstoff jenes bekannten Düngemittels, zu dem die „Badische Presse“ von jeher reichlich beigezweigt hat. Wenn das Blatt vom Sozialismus noch nichts begriffen hat, gut! Aber wie kommt man dazu, den Sozialistenkongress quaste im Versuch zu verbüßigen und zu begeistern?

Wir haben dem Blatt, das sich als neutrales Inseratenpapier in die Wohnungen des arbeitenden Volkes einschleicht, schon öfter die Beweismasse vom Gesicht gezogen. Wann werden Arbeiter, die diesem Blatte in fröhlicher Gedankenslosigkeit nach Gestracht gewähren, die einzig richtige Schlussfolgerung ziehen?

### Kein unabhängiges Organ im Saargebiet.

Saarbrücken, 31. Juli. Die „Freiheit“, das Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Saarbrücken, kündigt an, daß sie wegen der durch die Wahlen entstandenen drückenden Schuldenlast ihr Erscheinen einstellen müsse.

### Gewerkschaftliches.

#### Betriebsräte-Konferenz der Eisenbahner.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirk Baden (bisher Verband des Deutschen Betriebspersonals) hatte auf den 25. und 26. Juli eine Konferenz der bei ihm organisierten Betriebsräte nach Karlsruhe (Restaurations Auerhahn) einberufen. Vertreten waren 80 Dienststellen im Bereich der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe durch 150 Kollegen, einschließlich der Vorsitzenden der örtlichen Verwaltungsstellen der Organisation. Die Konferenz wurde vom derzeitigen Vertreter der Betriebsleitung, Kollegen Birkle geleitet und nahm im ganzen einen durchaus harmonischen Verlauf. Eine Eingetragene des Gesamtverbandes „Dassalia“ begrüßte die Delegierten mit dem stimmungsvollen Chor: „Ich warie Dein“, wofür auch an dieser Stelle Dank ausgesprochen sei.

Die Konferenz beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Aufstellung von Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsräte im Eisenbahnbetrieb.

Kollege Stöhrer, Vorsitzender des Betriebsrats des Hauptwerkstätte Karlsruhe, hat es trefflich verstanden in einem vorzüglichen Referat die ganze Materie zu behandeln und Richtlinien vorzulegen, die nach einigen unwesentlichen Änderungen einstimmig gutgeheißen wurden. Der Referent gelang innerhalb eines weitgehenden Rahmens ein vorzügliches Bild von dem Grundgedanken der wirtschaftlichen Mädelde, dessen praktische Verwirklichung dazu führen wird, die produktivsten Kräfte unseres Volkes zu befreien von der kapitalistischen Knechtschaft und aus ihm bestimmende Faktoren der Produktion zu machen. Unbedingte Voraussetzung hierzu sei jedoch eine grundlegende Schulung, ein Vertrautwerden mit den Zusammenhängen unserer Volkswirtschaft und strenge Selbsterziehung zu charakteristischen Persönlichkeiten. Die Betriebsräte können ihre große Aufgabe nicht gegen, sondern nur im engeren Zusammenwirken mit den Gewerkschaften erfüllen, welche Kenntnis bei der großen Mehrzahl der Betriebsräte sich bereits durchgehenden hat, wie aus der Berliner Konferenz des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ersichtlich ist.

Die Konferenz verlangt vor allen Dingen ein Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung und Entlassung, sowie Vertretung der Arbeiter und ein enges Zusammenwirken mit der geltigen Arbeiterschaft, was aber erst nach Schaffung eines Beamtenarbeitsgesetzes, dessen rasche Erledigung von der Reichsregierung gefordert werden muß, möglich sein wird. Die Konferenz legt außerdem besonderen Wert auf Einsetzung einer Vertretung der Betriebsräte bei der Egb und der Zweigstelle Baden des A.B.V. Es sollen diesbezügliche Verhandlungen geführt werden, wobei zum Ausdruck kommen muß, daß die Betriebsräte nicht ohne weiteres gewillt sind, für alle möglichen Maßnahmen der Verwaltung mitverantwortlich zu sein, wenn ihnen nicht andererseits ein wirksames Mitspracherecht und der mögliche Einfluß auf den Verwaltungsapparat gesichert wird.

An der sehr regen Aussprache wurde scharfe Kritik an dem reaktionären Treiben verschiedener Herren der Egb geübt und verlangt daß die vom Deutschen Eisenbahnerverband schon längst geforderte Demokratisierung endlich einmal vorgenommen wird, was sich aber nur dann ermöglichen läßt, wenn die als besonders reaktionär bekannten Personen mit dem Personal nicht mehr in Berührung kommen.

Die Konferenz nahm des weiteren Stellung zu den bereits bekannt gewordenen, für Polen bestimmte Militär- und Waffentransporten durch Deutschland und nahm mit großer Befriedigung Kenntnis von dem Beschluß des Hauptvorstandes des D. C. G., daß derartige Transporte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert werden müssen.

Der neueste Stand des Reichslohntarifs und der Reichsbeschäftigungsordnung waren ebenfalls Gegenstand längerer Erörterungen, worüber Kollege Birkle berichtete. Die Haltung der bürgerlichen Parteien, an deren Konto die Verschleppung der ganzen Frage zu setzen ist, wurde entsprechend unter die Lupe genommen.

Einen weiteren Gegenstand der Verhandlungen bildete die allgemeine Lebensmittelforschung und insbesondere die Versorgung unserer heimischen Bevölkerung mit Getreide. Die Konferenz stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß Hand in Hand mit der einseitigen Preisfestsetzungs- und Lebensmittelkommission in Karlsruhe gearbeitet werden und, wenn notwendig, das Eisenbahnerpersonal aktiv eingreifen muß.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß diese erste offizielle Betriebsrätekonferenz der freizugewählten Eisenbahner Baden sich ihrer Aufgabe voll bewußt war und keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß die Rechte und Befugnisse der Betriebsvertretung unbedingt über den engeren Rahmen des Betriebsratsgesetzes hinaus erweitert werden müssen.

\* Radolfzell, 28. Juli. In den letzten Tagen fand hier der 1. Delegiertentag des Bezirks Baden der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer statt. Der Kreisvorsitzende Lokführer W. Ludwig aus Karlsruhe erbatte dabei den Verbandsscheid, aus dem hervorgeht, daß der Kreis 3000 Mitglieder, somit fast alle Lokomotivführer und Apparatier umfaßt. Die nächste Delegiertenversammlung soll in Lauda stattfinden.

### Genossenschaftsbewegung.

Wengenbach. Das Genossenschaftsamt beruft auf Sonntag, 8. August, nachmittags halb 8 Uhr im Rindenaal eine öffentliche Versammlung ein. Herr Basem, Geschäftsführer des Konsumvereins Wengenbach, spricht über „Genossenschaftswesen“. Die Arbeiterkassen, sowie die konsumierende Bevölkerung ist zu dieser Versammlung freundlich eingeladen.

Seine Augen folgten jeder Bewegung seines Kindes, als ob er es mit seinen Händen halten müsse. Da plötzlich, bei einer kaum merkbaren Wendung des Schiffes, fuhr er mit dem Kopf herum: „Bordbord!“ schrie er nach der Steuerseite; „Bordbord!“, als ob es ihm die Brust zerprengen sollte. Und der Mann am Steuer folgte mit leisem Druck der Hand, und die eingeschulerte Leinwand des Segels schillerte sich aufs Neue.

In jenen Augenblick war der Knabe fröhlich auf den Deck getreten, nun lief er mit schwebender Armen auf den Vater zu. Die Hände des geschäftsgewohnten Mannes schlugen sich aneinander: „Heinz, Heinz, das tut du nicht wieder!“ Krampfhaft drehte er den Knaben an sich; aber schon begann die überstandene Angst dem Horne gegen ihren Urheber Platz zu machen. „Das tust du mir nicht wieder!“ Noch einmal sagte er es; aber ein dumpfes Grollen klang jetzt in seiner Stimme; seine Hand hob sich, als wolle er sie auf den Knaben fallen lassen, der erstaunt und furchtsam zu ihm aufblickte.

Es sollte für diesmal nicht dahin kommen; der Horn des Kapitän's sprang auf den Schiffsjungen über, der eben in seiner künftigen Weise an ihm vorüberziehen wollte; aber mit entsetzten Augen mußte der kleine Heinz es ansehen, wie sein Freund Jürgen, er wußte nicht weshalb, von seinem Vater auf das grausamste gequäligt wurde.

Als im nächsten Frühjahre Hans Kirch seinen Heinz wieder einmal mit aufs Schiff nehmen wollte, hatte dieser sich verweigert und mußte, als er endlich aufgefunden wurde, mit Gewalt an Bord gebracht werden; auch sah er diesmal nicht mehr singend unterm Klübersegel; er fürchtete seinen Vater und tröte ihm doch zuweilen. Die Härlichkeit des letzteren kam allerdings immer seltener zutage, je mehr der eigene Wille in dem Kinde wuchs; glaubte er doch selber nur den Erben seiner aufstrebenden Pläne in dem Sohn zu lieben.

(Fortsetzung folgt.)

Haus und Heinz Kirch. Die Konferenz beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Aufstellung von Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsräte im Eisenbahnbetrieb.

Kollege Stöhrer, Vorsitzender des Betriebsrats des Hauptwerkstätte Karlsruhe, hat es trefflich verstanden in einem vorzüglichen Referat die ganze Materie zu behandeln und Richtlinien vorzulegen, die nach einigen unwesentlichen Änderungen einstimmig gutgeheißen wurden.

Die Konferenz verlangt vor allen Dingen ein Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung und Entlassung, sowie Vertretung der Arbeiter und ein enges Zusammenwirken mit der geltigen Arbeiterschaft.

Die Konferenz nahm des weiteren Stellung zu den bereits bekannt gewordenen, für Polen bestimmte Militär- und Waffentransporten durch Deutschland.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß diese erste offizielle Betriebsrätekonferenz der freizugewählten Eisenbahner Baden sich ihrer Aufgabe voll bewußt war.

\* Radolfzell, 28. Juli. In den letzten Tagen fand hier der 1. Delegiertentag des Bezirks Baden der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer statt.

Wengenbach. Das Genossenschaftsamt beruft auf Sonntag, 8. August, nachmittags halb 8 Uhr im Rindenaal eine öffentliche Versammlung ein.

Seine Augen folgten jeder Bewegung seines Kindes, als ob er es mit seinen Händen halten müsse. Da plötzlich, bei einer kaum merkbaren Wendung des Schiffes, fuhr er mit dem Kopf herum: „Bordbord!“ schrie er nach der Steuerseite.

In jenen Augenblick war der Knabe fröhlich auf den Deck getreten, nun lief er mit schwebender Armen auf den Vater zu. Die Hände des geschäftsgewohnten Mannes schlugen sich aneinander.

Es sollte für diesmal nicht dahin kommen; der Horn des Kapitän's sprang auf den Schiffsjungen über, der eben in seiner künftigen Weise an ihm vorüberziehen wollte.

Als im nächsten Frühjahre Hans Kirch seinen Heinz wieder einmal mit aufs Schiff nehmen wollte, hatte dieser sich verweigert und mußte, als er endlich aufgefunden wurde, mit Gewalt an Bord gebracht werden.

Die Härlichkeit des letzteren kam allerdings immer seltener zutage, je mehr der eigene Wille in dem Kinde wuchs; glaubte er doch selber nur den Erben seiner aufstrebenden Pläne in dem Sohn zu lieben.

(Fortsetzung folgt.)

Montag 1. Augustes auf Gr...

Deutscher Reichstag.

Berlin, 31. Juli.

Sens und Tribünen sind schwach besetzt. Der zur Beratung stehende Gesetzentwurf verlangt...

Reichsminister Rath: Es ist uns hier eine ungeheure Aufgabe auferlegt, die wir nur mit der Bevölkerung lösen können.

Abg. Rübberg (Soz.): Meine Partei ist zur Mitarbeit bereit, verlangt aber Maßnahmen, damit das Gesetz nicht...

Abg. Ernst (U.S.): Die Vorlage ist unbrauchbar, denn sie geht von falschen Voraussetzungen aus.

Der bayerische Gesandte bemerkt darauf, daß die bayerische Sicherheitswehr auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht...

Abg. Dr. Moeske (D.V.): Ich stelle fest, daß unter den Augen der Beobachter von Arbeiterbataillonen täglich...

Abg. Haas (Dem.): Die Unabhängigen sind doch von Anfang an für die bedingungslose Unterzeichnung...

Abg. Frau Jettin (Soz.): Der Entwurf, der die Arbeiter wehrlos macht, ist für uns unannehmbar.

Abg. Wildenmeister (D.V.): Daß das Gesetz paritätisch ausgeführt werden muß, ist selbstverständlich.

Abg. Unterleitner (U.S.): Wir zweifeln nicht an der ehrlichen Gesinnung des bayerischen Gesandten...

Reichshandelsminister Hamm: Die Angriffe gegen Herrn von Bahr sind vollständig gegenstandslos.

Reichsminister Rath: Das Gesetz muß ordnungsgemäß durchgeführt werden, sonst stehen wir vor der Befehlspreußischen Gebiete.

Abg. Simon (U.S.): Die Regierung hat sich durch einen Staatsstreich zur Herrschaft gelangt.

Nach weiterer Debatte geht die Vorlage an einen Ausschuss. Ohne Debatte angenommen wird in 2. Lesung eine Verfassungsänderung...

2. Lesung des ergänzten Reichshaushalts bei der Reichspostverwaltung.

Reichspostminister Giesberts: Die Personalangaben der Post sind enorm gestiegen, noch mehr als die der Eisenbahnen.

Abg. Bruhn (D.V.) empfiehlt einen Antrag seiner Partei auf Befreiung des Fernsprechartens von 1000 Mk.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Erledigung der Festschuldensordnung in den Ländern war ein Unglück für das Reich.

Ministerialdirektor Bredow: Das Fernsprecharten muß beibehalten werden, wenn der weitere Ausbau des Fernsprechnetzes erfolgen soll.

Abg. Jand (Bayer. V.): Die Streikandrohung der Eisenbahner weisen wir als Versuch eines Druckes auf die Regierung und Parlament zurück.

Abg. Vertin (D.V.): Das Ultimatum der Eisenbahner ist ein Verbrechen am Volke.

Abg. Datz (Soz.) protestiert gegen politische Überwachungen von Ferngesprächen.

Abg. Böse (Ztr.): Es ist mir aus Eisenbahnerkreisen mitgeteilt worden, daß es sich um kein Ultimatum handelt.

Minister Giesberts bekräftigt, daß eine politische Überwachung von Ferngesprächen stattfindet.

Der Antrag der Deutsch-Nationalen betreffend die Befreiung des Fernsprechartens wird abgelehnt.

Montag 1 Uhr Fortsetzung. Vorher dritte Lesung des Antrages auf Erlass eines Amnestiegesetzes. Schluß 6 Uhr.

Die Verantwortungen im Weltkrieg.

Deutsche Denkschrift an den Genfer Sozialistenkongreß.

(Schluß.)

Lagen also die tieferen Ursachen des Weltkriegs in den imperialistischen Eiziehungen aller Länder und in der unglücklichen Mächtekonstellation...

Die deutsche Sozialdemokratie mag in ihrer Haltung während des Krieges im einzelnen Fehler begangen haben, und ganz besonders ist sie natürlich so wenig wie irgendeine andere Partei...

Wenn die Sozialisten von beiden Seiten gegeneinander Vorwürfe erheben, daß sie die Ausschreitungen des Annexionsnismus nicht mit genügender Schärfe bekämpft hätten...

Der Kampf gegen den heimischen Imperialismus hatte uns deutsche Sozialdemokraten in eine Lage gebracht, die die ausländischen Genossen während des Krieges selbst beim besten Willen nicht verstehen konnten.

Die imperialistische Ausbeutung eines deutschen Sieges unmöglich zu machen, wie die deutschen Sozialdemokraten sich den feindlichen Waffen unterwerfen konnten in der Hoffnung, der ausländische Sozialismus werde einem geschlagenen deutschen Volke zu einem Frieden der Gerechtigkeit verhelfen.

manche Vorurteile im Ausland, die wir nur kopfschüttelnd betrachten konnten.

Heute jedoch sollte die Stunde gekommen sein, in der sich die arbeitenden Völker aller Länder wieder verstehen lernen. Und so stehen wir nicht an, offen auszusprechen: Wir deutschen Sozialdemokraten verstehen die Enttäuschung, die wir vielen von Euch, Genossen der vormals feindlichen Länder, bereiteten, wir verstehen Eure Erbitterung.

Kögen wir auch Fehler begangen haben, wir können es nicht als Fehler betrachten, daß wir den Worten Eurer Staatsmänner nicht trauten, die lüftig um unsere Hilfe warben, uns unsere Waffen mit löblichen Versprechungen abzuscheiden versuchten...

Die Schuld derer, die aus Gewissenlosigkeit, Vorurteil und Angst den Krieg entzündeten, ist ebenso schwer wie die Schuld jener, die die Welt mit neuen Kriegsgefahren schwängerten.

Wir Sozialisten aus beiden Heereslagern des Weltkrieges sollen aufrichtig genug sein zu sagen, daß wir einander sehr viel schuldig geblieben sind, und wir sollen klarsehen genug sein, zu erkennen, daß dieses beiderseitige Versehen...

Badische Politik.

Die Familienversicherung in Krankheitsfällen.

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung beschaffte sich in seiner letzten Sitzung mit einem durch die „Bad. Gesellschaft für Soziale Hygiene“ vorgelegten Gesuch, welches die Einführung der zwangsweisen Krankenversicherung der Familienangehörigen der Versicherten bezweckt.

Annahme fand nach der Antrag des Reichstages, die im Juni ds. Jrs. abgewandten Verhandlungen zwischen Regierung, Krankenkassen und Parteien wieder aufzunehmen und unter Berücksichtigung der Stellung des Ausschusses baldigst zu Ende zu führen.

Krähe und Schmierfink. Der kleine Ausschnitt, den wir letzten Donnerstag aus dem Heftenheft des Prinzen Joachim imgeben, hat einen Verehrer dieses Hohenzollernprofesses tüchtig in Darmstadt gebracht.

Karlsruhe, den 30. Juli 1920. Volksfreund! Der Artikel über den Prinz Joachim ist ihrer und der Gesinnung und dem geistigen Hochstand ihrer Leiter würdig, bei diesem braucht man sich über Ihre Schmügeligen der Gasse entpungenen Elaborate nicht zu wundern.

Eine Unterschrift fehlte dem mit Scherzmaschine geschriebenen Brief. Der tote prinzipielle Löwe hat also einen lebendigen feigen Hase zu dem Verteidiger, dessen „Gesinnung und geistiger Hochstand“ nicht unserer Leser, wohl aber der Hochgezollern würdig ist.

Neues aus Bismarck! Heftigen Anstoß nimmt die „Soz. Republik“ an unserem kurzen Bericht über den Parlamentarischen Abend am letzten Donnerstag beim Staatspräsidenten Geiß.

Abend am letzten Donnerstag beim Staatspräsidenten Geiß. Unser Bericht soll ein „Hofbericht“ sein, die Veranstaltung selbst eine Nachschiffung fürstlicher Gepflogenheiten.

Vielleicht ist bei dem Erzug der „Soz. Republik“ ein „bissel Reich“ dabei, weil man nicht auch dabei sein durfte. Wie raten, das nächste Mal auch die U.S.V.-Herrschaften einzuladen; sie sind nämlich weder Kostverächter noch Spielverderber!

Zur Getreidebewirtschaftung wird in einer amtlichen Presse notiz mitgeteilt, daß die in einzelnen Teilen des Landes umlaufenden Gerüchte die Getreidebewirtschaftung werde in einigen Monaten aufgehoben, völlig unzutreffend sind.

Aus der Partei.

Bezirksversammlung Rastatt, Baden und Gagenau-Gernsbach.

Vorletzten Sonntag fanden sich die Delegierten dieser Bezirke im Gasthaus „Zum Anker“ in Rastatt zu einer Konferenz zusammen. Parteisekretär Gen. Trinks gab in einem einseitigen Referat einen Rückblick auf die verflochtenen Wälder und deren Ergebnis um dann Anregungen zur Agitation für Partei und Presse zu geben.

Neues aus Bismarck! Heftigen Anstoß nimmt die „Soz. Republik“ an unserem kurzen Bericht über den Parlamentarischen

### Deutscher Studententag.

kr. Göttingen, 28. Juli.

Die Verhandlungen des Deutschen Studententages, der die Vertretung der gesamten deutschen Studentenschaft des deutschen Sprachgebiets sein will, verdienen die aufmerksame Beachtung gerade auch aller derer, die von der Deutschen Studentenschaft in ihrer heutigen Zusammenfassung wenig erwarten. Sind doch die heutigen Studenten, solange der Staat nicht für eine ganz und gar andere Zusammenfassung sorgt, die Kandidaten für die Posten der höheren Beamten, Richter, Geistlichen, Lehrer, Ärzte, Anwälte u. d. l.

Die deutschen Akademiker befinden sich heute in einer wirtschaftlich bedrängten Lage. Das geht besonders deutlich aus den statistischen Grundlagen hervor, die für die Verhandlungen der Tagung über wirtschaftliche Selbsthilfeorganisation vorliegen. Die zukünftigen Oberlehrer z. B. haben heute mit einer Wartezeit von Jahrzehnten bis zur festen Anstellung zu rechnen. Auch das Einkommen der Studenten steht heute durchschnittlich mit schätungsweise 4000 M unter dem Existenzminimum. Der Referent Dr. Brüning-Berlin fasste seine sorgfältige Darstellung der Klassenlage der Akademiker dahin zusammen: obgleich sie der widerstandsfähigste Teil des Mittelstandes gegenüber der Proletarisierung seien, wäre heute die Grenze dieser Widerstandskraft erreicht.

Der sozialistische Referent Birnbaum-Bremen wies in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Einstellung des Studiums auf den bürgerlichen Beruf und des Berufs auf den bloßen Erwerb hin. Da die Studenten keine kapitalbildende Schicht seien, würden sie die Freiheit der Wissenschaft von diesem materiellen Druck durch Selbsthilfe allein nicht erreichen. Erst die sozialistische Gesellschaftsordnung, der eine freie Wissenschaft entspreche, werde diesen Druck des Erwerbslebens, der heute bereits vielfach zur unwirtschaftlichen Arbeitsvereinnigung zwischen wirtschaftlicher Arbeit und Handarbeit zwingt, beseitigen. Diese Ausführungen fanden natürlich neben Beifall auch starken Widerspruch, aber — keinerlei Kritik in der Diskussion.

Viel lieber ließen sich die zahlreichen deutschnationalen Studentenvertreter vom Staatssekretär im preussischen Unterrichtsministerium, Prof. Dr. Becker versprechen, daß der neue Staat den Hochschulen völlige Selbstbestimmung geben werde, an der auch die Studenten teilnehmen sollten. Und noch erfreuter war natürlich die mit Galenkreuzen geschmückte buntebemühte große Mehrheit, als zum Thema „Student und Politik der Göttinger Historiker und Rektor Prof. Brandt den Studenten empfohlen wurde, die Parteipolitik zu verlagern, bis sie familiendäner geworden seien und einzuweisen sich in „baterländischem“ Geiste zu betätigen. Sein Korreferent hand — noch weiter rechts. Er empfahl mit patetischem Schwung, Bismarck als Vorbild zu nehmen, den Geist der Demokratie „anzupusten“ und bürgerliche Politik zu treiben. Nach solchen Neben konnte der junge Akademikerführer Dr. Sonnenschein schon als oppositionell erscheinen wenn er erwähnte, daß im marxistischen System nicht der Gegensatz zwischen Gebildeten und Ungebildeten, sondern der zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden entscheidend sei und die Studenten darauf aufmerksam macht, wie sehr ihr Willen besonders auf den kleinen Unberufenen spießbürgerlich zu werden drohe.

Auf einen sehr niedrigen Stand sank der Ton bei der Verhandlung der Oesterreichfrage. Aus Deutsch-Oesterreich waren die alldeutsch-antidemokratischen Gruppen erschienen, die behaupteten, wer kein Antisemit sei, sei mindestens in Oesterreich kein Deutscher. Es stellte sich allerdings heraus, daß sie selbst nicht nur minifische Tischechen, Slovenen, Polen usw. als „Germanen“ betrachteten, sondern grundsätzlich auch Juden, deren Familien seit wenigen Generationen zum Christentum übergetreten sind, wenn sie nur Antisemiten sind. Tatsächlich erreichten die oesterreichischen Radikal-Antisemiten, die sich übrigens charakteristischweise mit den weißblauen Mittelschichtkreisen schmückten, daß die Einführung des Massenstandpunktes abgelehnt wurde, durchdrang. Eine intensive erhebliche Opposition, für die der Sozialist Straßler sprach, blieb in der Minderheit. Im Laufe des Tages schied sich allerdings die deutsche Studentenschaft nach einer Studienkommission nach Oesterreich, deren Zusammensetzung aber noch keine objektive Rücksprache der dortigen Verhältnisse gewährte.

In der Ausländerfrage wurde gegen eine größere Minderheit beschlossen, den Zugang aus allen Ländern freizugeben, nur die Studierenden aus den westlichen Ländern sollen die bestehenden Vorzugsbedingungen erhalten. In Stelle des bisherigen deutschnationalen Vorhabens der deutschen Studentenschaft wurde ein Vertreter der katholisch-konfessionellen Richtung gewählt.

### Soziale Rundschau.

**Reichskonferenz der Arbeitsinvaliden in Offen.**  
Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und andere Zivilinvaliden-Organisationen hatten zu einer Reichskonferenz vom 24. bis 26. Juli in Offen eingeladen, an der über 100 Delegierte aus dem ganzen Reich teilnahmen. Nach Referaten des Verbandsvorsitzenden Lüneburg (Frankfurt a. M.), der Stadtverordneten Valler (Eberfeld), Geermann (Duisburg) und Sülze (Berlin) wurde die Arbeitsorganisation unter dem Namen „Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands“ gegründet. Der Zentralverband wird alle nicht kriegsbeschädigten Invaliden Deutschlands und deren Hinterbliebenen umfassen und zählt zurzeit rund 6000 Mitglieder. Die Maßnahmen des neuen Verbandes wurden festgelegt; mit allen Kräften soll die wirtschaftliche Sicherstellung der Invaliden und Witwen angestrebt werden. Als Verbandsvorsitzende mit gleichen Rechten wurden Lüneburg (Frankfurt a. M.) und Sülze (Darmstadt) gewählt. Bis zur endgültigen Heberfindung nach Berlin wurde Frankfurt a. M. als Verbandsst. bestimmt und sind alle Anfragen und Anmeldungen an den Verbandsvorsitzenden Johs. Lüneburg, Frankfurt a. M., Saalstraße 33, Zimmer 58, zu richten.

### Aus dem Lande.

**Heidelberg, 2. Aug.** Der Juwelen Diebstahl, der kürzlich in einem hiesigen Hotel ausgeführt wurde, wobei einer Goldschmiedin Schmuck im Werte von 250 000 M gestohlen worden war, hat seine Aufklärung gefunden. Der Haupttäter ist der Hotelkellner Richard Scheide, sein Helfer der Hauswache Karl Goll. Beide sind verhaftet, der Schmuck, den sie dem Kaufmann A. Scheide in Stuttgart, einem Bruder des Diebes übergeben hatten, ist wieder beigekraut.

**Reiflingen b. Schwäbingen, 2. Aug.** Durch Großfeuer sind hier zwei Wohnhäuser und fünf Scheunen eingeschert worden. Das Feuer war in dem Schoppen des Landwirts Roth ausgebrochen und hatte sich mit rasender Schnelligkeit auf die anliegenden Scheunen und Wohnhäuser ausgebreitet. Der Brand wurde durch den jüngeren Sohn der bei dem Landwirt Roth beschäftigten Frau Bahn verursacht, der ein Streichholz an Strohhalm. Der Schaden wird auf eine halbe Million geschätzt. 165 kg niedergebrannt sind 2 Wohnhäuser, 4 Doppelscheunen, einzelne Scheune, 4 Schoppen, 4 Ställe. Sämtliche sehr großen Getreide- und Futtervorräte sind vernichtet.

**Weinheim, 31. Juli.** Eine Millionenerbschaft ist der Leberin Hl. Reiser und ihrer Schwester in Deypenheim a. d. B. zugefallen. Sie erhielten von einem in Amerika verstorbenen Onkel testamentarisch 75 000 Dollar vermacht, die nach dem derzeitigen Stand unserer Valuta rund drei Millionen Mark darstellen. Das Geld kann lt. „Hdl. Ztbl.“ aber erst nach Au-

terzeichnung des Friedensvertrags mit Amerika zur Auszahlung gelangen.

**Konstanz, 2. Aug.** In der Bieherei der Eisenbahnwerkstätte wurde der verheiratete Schlosser Wilh. Brutscher von einem fahrbaren Krähnen totgedrückt.

**gr. Heidelberger Schlossbeleuchtung.** Nach langjähriger, schicksaldurchfurchter Pause fand am Samstagabend in Heidelberg wieder eine Schlossbeleuchtung statt, die zahllose Zuschauer, darunter viele rasch herbeigeeilte Fremde, anzog. Wenn auch das lange Warten — die Beleuchtung setzte erst um 11 Uhr nachts ein — in Verbindung mit leichtem Regen verdrücklich machte und manchen ungläubigen Thomas veranlaßte, die ganze Anfründigung für einen Scherz zu nehmen und insfolgedessen in die Stadt zurückzukehren, so kam die viel tausendköpfige Menge doch auf ihre Kosten, als endlich der große Moment begann: in glühendem Feuerrot leuchteten die einzelnen Partien des hochantiken Schlosses durch die dunkle Nacht, damit einen Reflex in die Herzen der freudejüngenden Menschen werfend, der durch frohen Gesang verstärkt wurde. Kein Wunder, daß frische Begeisterung sich in die Seelen der Zuschauer, denen die inmitten der Heidelbergerinnen die Feier munter witzten, wozu und neuer Glanz, an rasches Glück vielerorts das Herz belebte — wenn auch kühlere Gemüter leider nur zu sehr weiß, daß selbst der Rauber einer Heidelberger Schlossbeleuchtung nur auf wenige Stunden über die harte Wirklichkeit und ernste Zukunft hinwegtäuschen kann.

### Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. August.

#### Was geht in Karlsruhe vor?

Unter dieser Ueberschrift brachte kürzlich die „Soz. Republik“ eine Notiz, nach welcher Angehörige der Reichswehr bezichtigt werden, Polizeipersonen angegriffen zu haben. In dieser Notiz wird sodann Untersuchung und Aufklärung der Sache verlangt, deren Ergebnis nun in der Freitagsnummer amtlichen „Karlsruher Zeitung“ enthalten ist. Wir entnehmen hier:

Im Anschluß an die Lebensmittelunruhen in Karlsruhe sind Angehörige der Reichswehr Karlsruhe, die gar nicht in Aktion traten, verschiedentlich beschimpft, mißhandelt und ihrer Waffen beraubt worden. Diesen Angriffen gegenüber haben sich die Soldaten einwandfrei verhalten. Nur in einem Fall konnte eine Ausschreitung verschiedener Reichswehrangehöriger festgestellt werden: diese hatten, um weiteren Vorfällen vorzubeugen, in einer Karlsruher Wirtschaft einen Angehörigen der Handelsmarine nach Waffen untersucht. Wegen dieses Vorkommnisses ist ein gerichtliches Verfahren gegen die beteiligten Soldaten eingeleitet worden. In gleicher Weise wurde auch gegen sonstige Militärpersonen vorgegangen, falls sie durch herausforderndes Wesen Zivilisten gereizt haben sollten.

Die „Sozialistische Republik“ stellt in einem Artikel der Nummer 102 vom 16. Juli 1920 die Ereignisse so dar, als ob bewußte Provokationen der Arbeiterkraft durch das Militär stattgefunden hätten. Das ist unrichtig. Die Zusammenstöße mit Angehörigen der Reichswehr sind, abgesehen von dem erwähnten Zwischenfall, stets von unbewussten Zivilpersonen herbeigeführt worden. Die in der „Sozialistischen Republik“ aufgeworfenen Fragen wegen des Verhaltens der Reichswehr müssen daher verneint werden.

Sehr zutreffend heißt es sodann weiter: „Es wird erstens auf die Einsicht und die ruhige Ueberlegung der ordnungsliebenden Bevölkerung appelliert, auch ihrerseits alles zu tun, um unliebsame Zwischenfälle zwischen den berufenen Organen der Ordnung, deren Dienst sicher nicht leicht ist, und der Bevölkerung zu vermeiden.“

#### Zum Schulkonflikt in der Südenschule.

Die „Süddeutsche Zeitung“ nimmt zum Konflikt in der Südenschule, wo die Lehrer sich weigern, mit Herrn Bissar Semmer vom 1. Oktober als Religionsunterricht zu geben, Stellung und sucht den Bissar reingewaschen. Die für die Lehrer vorliegenden Neuerungen des Bissar Semmer muß der Gewächsmann der „Süddeutschen Zeitung“ ohne weiteres zugeben. Das genügt doch. Wie wir schon an dieser Stelle gesagt haben, haben die Lehrer der Südenschule den Fall Semmer nicht in die Presse gebracht. Solche schweren Konflikte bleiben nicht Geheimnis eines engen Kreises. Die Spaken zwischen es von den Dächern, daß Herr Semmer einen ganzen Stand verfehlt hat und daß der Oberlehrer zu entscheiden hat, ob er die Religionslehre einer ganzen Schule verlieren will, die mit dem 1. Oktober den Unterricht einstellen, wenn Herr Semmer an der gleichen Schule verbleibt. Auf diese Entscheidung warfen viele evangelische Eltern.

Uebrigens ist Herr Semmer die unqualifizierteste Persönlichkeit, an der Religionsunterrichterteilung anderer zu kritisieren, wo er selbst sehr oft auf ihn fallende Religionsstunden geschwänzt hat.

Daß der allgemeine Vorstoß von Herrn S. gegen die weltlichen Religionslehrer doch nur einer gewissen politischen Betätigung oder Selbstbetätigung entspringen sein kann, ist nach Sachlage wohl kaum zu beargwöhnen. Wir glauben nicht, daß der Zufall in vorliegendem Konflikt eine solche große Rolle gespielt hat, ebensowenig wie wir daran glauben, daß wir zufällig von der „Süddeutschen Zeitung“, namentlich wenn man gewissen Texten an die Hühneraugen kommt, der Demagogie beschuldigt werden.

#### Frühkartoffelversorgung.

Um eine Verbesserung in der Versorgung mit Frühkartoffeln für die Karlsruher Bevölkerung zu erzielen, wurde mit Frauheimer Stellen dahin Zustimmung genommen, daß im Wege freier Vereinbarung die in Betracht kommenden Erzeugergebiete zwischen den beiden Städten derart aufgeteilt werden, daß in dem der einen Stadt zugewiesenen Gebiete nur für diese Stadt aufgekaut wird. Für Karlsruhe sollen die Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe und aus dem Rastatter Bezirk die Gemeinde Bietigheim und Oelshausen vorbehalten bleiben.

Ferner wurde mit den für Karlsruhe in Frage kommenden Gemeinden persönlich in der Richtung verhandelt, daß diese ihre Kartoffeln nach Karlsruhe liefern, und zwar in Fortsetzung der früheren Friedensübung womöglich so, daß sie dieselben unmittelbar auf der Achse auf die hiesigen Märkte oder zum Großmarkt bringen, der die Vermittlung des Absatzes an die kleinen Händler übernehmen hat, und daß sie sich weiter mit einem Erzeugerpreis von 80 M zusätzlich des üblichen Fuhrlozes begnügen, damit der hier festgelegte Verbraucherpreis von 40 M eingehalten werden kann.

Der Stadtrat hat diesen Maßnahmen zugestimmt und er sucht das Bezirksamt, auch seinerseits diese Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen.

**Sozialdemokratischer Verein.** Heute abend 1/6 Uhr Vorstandssitzung im „Volkstempel“-Gebäude.

**Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Bietigheim.** Am Dienstag, 3. August, abends 1/2 Uhr, findet bei Gen. Murrmann, Marie-Alexandrastraße 36, Bezirkskomiteesitzung statt und am Samstag, 7. August, unsere Mitgliedererversammlung mit Neuwahl des Bezirkskomitees, wozu alle Genossinnen und Genossen dabeisitz zu erscheinen haben. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Die Spielpläneinweihung der Freien Turnerschaft, die auf gestern Sonntag angelegt war und unter Mitwirkung eines großzügigen turnerischen und sportlichen Programms vor sich gehen sollte, konnte infolge der Ungunst der Witterung nicht stattfinden. Trotzdem entwickelte sich, nachdem sich der Himmel etwas aufgehellt hatte, am Nachmittag auf dem Spielplatz ein umfangreiches turnerisches Leben bei Faust-, Fußball- und sonstigen Spielen sowie Geräturnen usw., wozu sich eine recht große Zahl von Freunden der Freien Turnerschaft als Zuschauer eingefunden hatten. — Die Einweihung des Klubs wurde am nächsten Sonntag, 8. August, verschoben.

**† Todesfall.** Im Alter von 41 1/2 Jahren ist die Gattin unseres Parteibuchhändlers Ritsch, Genossin Marie Ritsch, gestorben. Die Dahingegangene war seit einem Reihe von Jahren von einem unheilbaren Leiden befallen, nachdem sie gestern Sonntag erlöst wurde. Genossin Ritsch gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Frauenfektion des sozialdemokratischen Vereins und hat sich an der Parteiarbeit, besonders zu Wahlzeiten, rege beteiligt. Die Partei, besonders die Frauenfektion, wird der Verstorbenen stets in Ehren gedenken.

**† Zum Steuerabzug.** Auf wiederholte Anfragen bezüglich der Auslegung des Artikels 2. des Gesetzes vom 21. Juli über die ergänzende Regelung des Steuerabzugs vom Lohn und Gehalt, wird von amtlicher Stelle folgendes mitgeteilt: Die bis zum 1. August gemachten Abzüge können auf die nach dem neuen Gesetz eingehaltenen Beträge nur dann und nur insoweit angerechnet werden, als sie höher waren, wie die Summe, die sich nach dem neuen Tarif ergeben würde.

**Verbindlichkeitsklärung.** Der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Karlsruhe, in Karlsruhe, Friedrichsplatz 11, hat beantragt, die wischen ihm und dem Verband der Metallindustriellen Mittelbadens in Karlsruhe am 23. August 1920 abgeschlossene Nachtragsvereinbarung zu dem Kollektivabkommen vom 26. März 1920 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Metallindustrie gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1458) für das Gebiet des Handelsamtsbezirks Karlsruhe-Baden-Baden gleichfalls für allgemein verbindlich zu erklären. — Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 8. August 1920 erhoben werden und sind unter Nummer VI. R. 1767 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 33, zu richten.

**Heimatstreue Oberlehrer!** Für euch gibt es nur eine Parole und die heißt: „Oberlehrer muß bei Deutschland bleiben!“ Die Entscheidung darüber muß gemäß dem Friedensvertrag durch Volksabstimmung fallen. — Kein Freistaat — der vogelfrei wäre —, sondern ein seine Eigenart wahrhabendes, eng mit Deutschland vereintes Oberlehrer! — Das allein bietet den Oberlehrern Schutz und Sicherheit. Die Erhaltung Oberlehrertums bei Deutschland ist das Grundprinzip der vereinigten Verbände heimattreuer Oberlehrer. Jeder Deutsche sollte jeder echte Oberlehrer, dem das Wohl und Wehe seines Vaterlandes und seiner Heimat am Herzen liegt, unterstützt dabei die vereinigten Verbände heimattreuer Oberlehrer. — Landleute, hallet euch bereit, der Tag der Abstimmung steht bevor. Die Abstimmenden werden demnachst geschloffen. Ein jeder Abstimmungsberechtigte, der sich bis jetzt noch nicht angemeldet hat, hole das Verzeichnis sofort nach und zwar bei der Ortsgruppe Karlsruhe heimattreuer Oberlehrer, Sophienstraße 7, oder in der heute abend 8 Uhr im Vereinslokal, Karl Friedrichstraße 32 (Mittelbadens-Saal) stattfindenden Bezirksversammlung.

**Zum Aufbruch des Grund- und Hausbesitzervereins,** der vor einigen Tagen in den hiesigen Zeitungen veröffentlicht wurde, schreibt uns ein Landtagsabgeordneter:

Im Angelegenheit der Karlsruher Zeitungen steht ein Aufruf des Karlsruher Grund- und Hausbesitzervereins z. B., der die Hausbesitzer zum Eintritt in den Verein auffordert. Wir Recht! Wir leben im Zeitalter der Organisation. Die Interessenvertretung — gleichviel welcher Art — kann wirksam nur gemeinschaftlich geschehen. Der Einzelne ist machtlos. Eine Vertretung wirtschaftlicher Interessen muß aber sich auf diese beschränken; politische Strömungen müssen ausgeschlossen bleiben. Diese Objektivität lassen aber die Versammlungen des Grund- und Hausbesitzervereins vielfach vermissen. In der Hauptversammlung der badischen Vereine 1909 z. B. war es möglich, daß Herr Rachenberger aus Pforzheim, der — obwohl nach eigenem Geständnis Republikaner — für die deutschnationale Sache tätig ist, gegen den Volksstaat zu Felde zog und die gegenwärtigen Mitglieder der Regierung in maßloser Weise herunterzog. Das ganze System gefällt ihm nicht. Vor den Reichstagswahlen ging er, unter der Flagge des Grund- und Hausbesitzers, direkt gegen die Linksparteien vor.

Zum Aktifizieren ist Stoff genug vorhanden. Kritik ist billiger! Manche hätte anders gemacht werden müssen. Den guten Willen muß man aber billigerweise auch bei politischen Gegnern, die im öffentlichen Leben stehen, voraussetzen. Die Zustimmung darf man nicht nach den Fingern beurteilen.

**Lebensmittelkontrolle.** Im Monat Juli 1920 wurden 210 Kannen Milch geprüft und 114 Proben zwecks Untersuchung erhoben. Davon wurden beanstandet 12 Proben als gewässert, 6 als entrahmt und 7 als fettarm bezw. geringwertig. Wegen Milchschädlung gelangten 10 Landwirtschaftsrauen und eine hiesige Milchhändlerin zur Anzeige. Weiter gelangen eine Landwirtsraue und zwei Frauen vom Lande zur Anzeige, weil erstere 16 Liter Milch unter Ueberbereitung des Höchstpreises abgab und letztere, weil sie die Milch wieder zu hohen Preisen weiter verkaufen wollte. Die Milch wurde beschlagnahmt. Ferner wurden folgende Maßnahmen ergriffen: 1. Wurst 5, Mehl 5, Rohmehl 1, Rohmehl 1, Zucker 1, Gefe 1 sowie ein Heilmittel gegen die Maul- und Klauenseuche; drei Butterproben wurden wegen hohen Wassergehalts beanstandet und außerdem als rangig bezeichnet.

### Valuta-Bericht vom 31. Juli.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 18.70 Cfr. Auszahlung Soll und notierte etwa 14.51 1/2 M per holl. Gulden. Schweiz etwa 7.20 M per holl. Fr.; England etwa 158 M per holl. Sterling; Frankreich etwa 3.23 M per fr. Fr.; Neuport etwa 42.55 M per Dollar.

### Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 2. August 1920.

Der über fast ganz Europa ausgebreitete tiefe Druck veranlaßte auch gestern wieder überwiegend wolfiges Wetter und im westen her hoher Druck einigen Einfluß erlangte, klärte es zeitweilig auf. Mit dem Nachlassen nordwestlicher Luftzufuhr sind die Temperaturen etwas gestiegen; je erreichen in der Rheinregion 24 Grad. Unser Gebiet bleibt vorerst noch unter dem westlichen Einfluß hohen und niedrigen Druckes, demnachst scheint aber hoher Druck vorübergehend zu werden.

Vorausichtliche Witterung bis Dienstag, den 3. Aug. nach: Vorübergehend noch wolfig und vereinzelt etwas Regen, dann fortwährende Besserung.

Das ist am acht Uhr in der Sitzung vorbereitet worden. Die Sitzung der Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl. Die Kommission der Reichsregierung ist über noch nicht abgekl.

Beste Nachrichten. Russisch-polnischer Krieg.

Warschau, 31. Juli. (Privattelegramm.) Heute abend um acht Uhr begaben sich die Vertreter der polnischen Exerzierung unter Führung des Generals Komarow...

Die Lage an der Front war bei Beginn der Verhandlungen wegen des Waffenstillstands folgende: Am rechten Flügel drangen die Bolschewiken bis an die sibirische Grenze vor...

Deutsche Maßnahmen.

Berlin, 31. Juli. Nach Meldungen aus dem Osten haben sich die interalliierten Truppen des Ostfrontengebietes von der Grenze zurückgezogen. Gegenwärtig ist die Lage die, daß an der Grenze des deutschen Ostfrontengebietes keine genügende Wehrmacht steht...

Ultimatum Rumänens?

Belgrad, 2. Aug. (Suedslaw. Pressebüro.) Die rumänische Regierung hat an Russland eine Note in Form eines Ultimatums mit der Aufforderung gerichtet, die russischen Truppen aus Besarabien zurückzuziehen...

Paris, 1. Aug. Der französische Senat hat gestern den bulgarischen Friedensvertrag ratifiziert.

Berlin, 31. Juli. Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich heute mit den Beschlüssen seines Ausschusses über die Einstellung des Verkehrspersonals in die Besoldungsordnung.

Paris, 1. Aug. Die heutige Demonstration im Lustgarten verlief in vollkommener Ruhe. Ein Zug mit Kriegsinvaliden wurde am Brandenburger Tor aufgelöst. Die Kriegsbeschädigten befanden sich teilweise in Selbstfahrern, Rollstühlen und Kramern.

Dem Andenken Jaurès.

Paris, 1. Aug. Die sozialistische Partei feierte gestern abend das Andenken an Jaurès. Die Feiern hielt der Professor an der Sorbonne L. L. Namens der englischen Sozialisten sprach Landshorn. Es wurde auch die Rede L. L. v. Jaurès gelesen, die er selbst gehalten haben würde...

Eine Kampfsage Roms gegen den Sozialismus.

Rom, 31. Juli. „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein Notizbuch des Papstes, worin angeordnet wird, daß am 30. August das 50. Jahrestag der Ausrufung des heiligen Joseph zum Schutzheiligen der katholischen Kirche in der ganzen Welt feierliche Zeremonien veranstaltet werden sollen.

Das Notizbuch des Papstes.

Das Notizbuch des Papstes, wie eine Erklärung des Papstes „aus eigenem Antrieb“ bezeugt wird, kann wohl nicht anders als eine Kampfsage des Oberhauptes der katholischen Kirche gegen den Sozialismus aufgefaßt werden.

Blindenarbeit!

Blindenarbeit! Vorteilhaftes Geschenk für die Hausfrau. Robbhaarsaubereiniger. Volksbuchhandlung Karlsruhe i. B. Friedrich Stämpfer: Religion ist Privatsache.

Kohlen-Ausgabe.

Die bei Ludwig Krumb, Kommissar, eingetragenen Kunden von Nr. 431-783 können am Dienstag, den 3. August, von nachmittags 1 Uhr ab 2 Rtr. Braunkohlenbriketts „Union“ zum Preise von 15.25 Rtr. pro Rtr. ab Lager Pflanzstr. erhalten.

Kohlen-Ausgabe.

Die bei Emil Gayer eingetragenen Kunden von Nr. 1 bis 300 können am Dienstag, den 3. August, von nachmittags 1 Uhr ab 1 Rtr. Gierformbriketts zum Preise von 29.55 Rtr. pro Rtr. und 1 Rtr. Braunkohlenbriketts „Union“ zum Preise von 15.25 Rtr. je Rtr. ab Lager Pflanzstr. erhalten.

Kohlen-Ausgabe.

Die bei Josef Baumgärtner eingetragenen Kunden von Nr. 270-544 können am Dienstag, den 3. August von nachmittags 1 Uhr ab 1 Rtr. Braunkohlenbriketts „Union“ zum Preise von 15.25 Rtr. je Rtr. und 1 Rtr. Gierformbriketts zum Preise von 29.55 Rtr. pro Rtr. ab Lager Pflanzstr. erhalten.

Durlacher Anzeigen.

Richtpreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 3. Aug. bis 9. Aug. 1920. Mangold 0.20 Rtr., Kohlfalat 0.20 Rtr., Biersant 0.35 Rtr., Nudeln 0.40 Rtr., etc.

Obst.

Seidelbeeren 2.20 Rtr., Kirabellen 1.50 Rtr., Zitr. Kirschen 0.50 Rtr., etc.

Lebensmittel-Vorführung.

Butter: Rohmenge 50 Gramm Rtr. 1.50 gegen die Festmarke K 42 nur für die Kunden der festverkaufsstellen Amdorfer, Durr, Bandendtschel, Braun, Hauptstr., Braun, Reggerstr., Dehmer, Drunberg.

Offenburger Anzeigen.

Lebensmittel-Vorführung für die Zeit vom 2. bis 8. August 1920. Am Dienstag wird verkauft: Butter: Rohmenge 50 Gramm Rtr. 1.50 gegen die Festmarke K 42 nur für die Kunden der festverkaufsstellen Amdorfer, Durr, Bandendtschel, Braun, Hauptstr., Braun, Reggerstr., Dehmer, Drunberg.

Lebensmittel-Vorführung.

Am Mittwoch wird verkauft: Weizenmehl: Rohmenge 500 Gramm, Rtr. 1.88 gegen die Festmarke K 42 nur für die Kunden der festverkaufsstellen Amdorfer, Durr, Bandendtschel, Braun, Hauptstr., Braun, Reggerstr., Dehmer, Drunberg.

Lebensmittel-Vorführung.

Am Freitag wird verkauft: Margarine, freiverkäuflich, Rtr. 10.30 in sämtlichen Festverkaufsstellen.

Lebensmittel-Vorführung.

Anmerkung für die Handlungen: Butter wird Montag nachmittags 2-3 Uhr Margarine Donnerstag nachmittags 2-4 Uhr in der hiesigen Milchzentrale abgegeben.

Lebensmittel-Vorführung.

In der Woche vom 2. bis 8. August sind die Drollmarken Mehl A gültig. Die Käufer dürfen auf andere Marken Brot nicht abgeben.

Todes-Anzeige. Tieferschüttort teilen wir Verwandten und Bekannten mit, dass meine liebe, treubesorgte Frau, unsere liebe, gute Mutter, Schwester, Grossmutter, Schwägerin, Tante und Schwiegermutter, Martha Nitschky geb. Dold nach langem, schwerem Leiden im Alter von 44 1/2 Jahren Sonntag vormittag sanft entschlafen ist. Karlsruhe, den 1. August 1920. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Friedrich Nitschky. Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle aus in Mühlburg statt. Trauerhaus: Sofienstrasse 195.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe. Frauentz. Todes-Anzeige. Wir setzen unsere Mitglieder von dem Hinscheiden der Genossin Martha Nitschky hierdurch gesehentlich in Kenntnis. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Mühlburg aus statt und ersuchen wir unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Trauerhüte in jeder Preislage stets vorrätig. S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Bringe Dienstag, 3. Aug. Fleisch und Wurst zum Verkauf. Hubert Schneider, Karlsruhe-Mühlburg, Edelweiss-Fabrikstraße 1345, Telefon 1845.

Der neue Schlagel! Messende, Händler, Frauen, verlangen Sie bitte sofort Broschüre. Paul Meyer, Einweg IV. 2124/2.

Stärke-Leib- und Haushalt-Wäsche übernimmt bei kurzer Lieferzeit. Dampfwasch-Anstalt A. Lau, Karlsruhe. Annahmestellen: Augartenstraße 37, Laden; Scherrstraße 10a, Schützenstr. 48, Laden; Sofienstr. 13, Laden; Waldhornstr. 31, Laden (Eingang Zähringerstraße); Knielungen, Hauptstr. 94, Laden.

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei befindet sich Karlsruhe, Adlerstrasse 16.

Keunen Sie schon? Blendenarbeit! Vorteilhaftes Geschenk für die Hausfrau. Robbhaarsaubereiniger. Volksbuchhandlung Karlsruhe i. B. Friedrich Stämpfer: Religion ist Privatsache.

Blindenarbeit! Vorteilhaftes Geschenk für die Hausfrau. Robbhaarsaubereiniger. Volksbuchhandlung Karlsruhe i. B. Friedrich Stämpfer: Religion ist Privatsache.

Blindenarbeit! Vorteilhaftes Geschenk für die Hausfrau. Robbhaarsaubereiniger. Volksbuchhandlung Karlsruhe i. B. Friedrich Stämpfer: Religion ist Privatsache.

# Waschstoffe und Baumwollwaren

- Hemden-Nessel** grau, 80/82 cm breit, dauerhafte Qualität, für Arbeiter-Hemden Mtr. **9 50**
- Hemden-Dowlas** weiss, 75 cm breit, für Leib- und Bettwäsche, bewährte Qualität Mtr. **11 50**
- Hemden-Cretonne** weiss, 80/82 cm breit, fein- und starkfädige Qualität Mtr. **13 50**
- Bettuch-Dowlas** weiss, 150 cm breit schwere Qualität Mtr. **34 50**
- Croisé-Finette** 80 cm breit, schneeweiss, schwer gerauhte Qualität, für Leibwäsche Mtr. **16 50**
- Hemdenflanell** 70/80 cm breit, ein- und zweiseitig, gerauht, zum Teil schwere Cöper Qualität Mtr. **13 75**
- Schürzenblaudruck** zweiseitig, 90 cm breit Mtr. **19 50**
- Schürzenstoffe** schwarz-weiss kariert, 90 cm breit Mtr. **18 50**
- Drell-Handtücher** grau, 48 cm breit, gestreift und kariert Mtr. **7 50**
- Molton** grau, weiche Qualität, für Unterröcke und Kinderwäsche Mtr. **11 50**
- Molton** 70 und 90 cm breit, weiss, extra schwere Qualität, für Kinderwäsche ganz besonders preiswert Mtr. **12 50**

**Wasch-Mousseline** 80 cm breit, Ia. Qualität, grosse Auswahl Mtr. **12 50 9 75**

Diese Preise sind rein netto!

So lange Vorrat!

Beachten Sie unsere Spezial-Fenster - Kaiserstrasse. -

## Geschwister KNOPF

D.3. 233

Das Bestattungsweisen in der Stadt Karlsruhe betr.

Nachstehend werden die mit Zustimmung des Stadtrats erlassenen vom Herrn Landeskommissar in Karlsruhe mit Erlaß vom 14. Juni 1920 Nr. 5449 für vollziehbar erklärten abgeänderten Bestimmungen der ortspolizeilichen Vorschrift über das Bestattungsweisen in der Stadt Karlsruhe zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

Die Errichtung von Grabdenkmälern aller Art und die Einfassung der Bestattungsplätze auf den städtischen Friedhöfen bedürfen der vorherigen Genehmigung der Gemeindebehörde. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn die Denkmäler und Einfassungen den billigen Anforderungen des Schönheitsgesetzes widersprechen, die Harmonie der Umgebung sowie die ruhige Gesamtwirkung stören, wenn sie im Hinblick auf die künftige Sicherheit zu beanstanden sind oder wenn sie Darstellungen oder Inschriften tragen sollen, die der guten Sitten zuwiderlaufen.

Die näheren Bestimmungen zum Vollzug dieser Vorschriften erläßt der Ausschuss für das Bestattungsweisen. Er kann insbesondere für einzelne Teile der städtischen Friedhöfe, für einzelne Grabfelder oder einzelne Grabreihen anordnen, daß auf ihnen nur bestimmte, nach Art und Größe, Material oder sonstiger Beschaffenheit einheitliche Grabdenkmäler aufgestellt werden dürfen, das Grabdenkmälern auf ihnen nur von bestimmter einheitlicher Art oder gar nicht errichtet werden dürfen. Bestimmte, den Friedhöfen gräblich bezugnehmende Grabmalformen, Grabmalgattungen oder Materialien kann die Friedhofskommission allgemein von den städtischen Friedhöfen ausschließen.

Vor Erlassung von Anordnungen der bezeichneten Art ist der Vertretung der Fachverbände der beteiligten Gewerbetreibenden Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Innerhalb des Rahmens der erlassenen Vorschriften ist den Wünschen der Hinterbliebenen weitmöglichst Rechnung zu tragen.

Den Vollzug der gemäß § 7 Abs. 2 erlassenen Vorschriften überwacht das städtische Gartenamt und in dessen Auftrag der Friedhofswart. Das Gartenamt ist auch zuständig zur Erteilung der Genehmigungen gemäß § 7 Abs. 1 im Auftrag der Gemeindebehörde.

Bei Einholung der Genehmigung ist ein Plan des Denkmals oder der Einfriedigung, welcher vom Besteller oder dem Ausführenden unterzeichnet werden muß, unter Angabe des für das Denkmal vereinbarten Preises, in doppelter Fertigung einzureichen. Die eine Fertigung verbleibt beim Gartenamt, die andere wird mit dem Bescheid des Gartenamts versehen dem Antragsteller zurückgegeben.

§ 7 b

Zur Unterstützung des Ausschusses für das Bestattungsweisen kann der Stadtrat einen Beirat für Friedhofskunst einsetzen. Der Beirat soll außer dem Vorstand des Gartenamts als Vorsitzenden aus 7 Mitgliedern bestehen, von denen 3 künstlerische Sachverständige, darunter ein Fachmann auf dem Gebiete der Friedhofskunst, ferner 2 Nichtfachleute aus den Mitgliedern des Ausschusses für das Bestattungsweisen und je 1 Vertreter der Grabfeldbesitzer und der Friedhofsgärtner sein sollen.

Der Beirat für Friedhofskunst ist vor Erlassung von Anordnungen im Sinne des § 7 Abs. 2 der Bestattungsordnung zu hören. Die Erteilung der Genehmigungen gemäß § 7 Abs. 1 kann der Stadtrat dem Beirat für Friedhofskunst mit der Wirkung übertragen, daß das Gartenamt an die Entscheidungen des Beirats gebunden ist.

§ 8 a

Gewerbetreibende oder deren Beauftragte, welche auf den städtischen Friedhöfen im Auftrag der Hinterbliebenen Arbeiten irgend welcher Art

auszuführen haben, bedürfen eines vom Gartenamt ausgestellten schriftlichen Ausweises, den sie beim Betreten des Friedhofes vorzuzeigen und während der Dauer ihres Aufenthaltes auf dem Friedhof bei sich zu führen haben. Wiederholte Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift oder gegen sonstige Vorschriften der Bestattungsordnung können, abgesehen vom polizeilichen Einschreiten, mit Entziehung der Erlaubnis zum Betreten des Friedhofes auf die Dauer eines Jahres vom Ausschuss für das Bestattungsweisen geahndet werden.

§ 8 b

Für Beschädigungen oder Verstörungen von Grabdenkmälern, Einfassungen, Anpflanzungen sowie für Entwendungen, die nicht nachweisbar durch städtische Angestellte herbeigeführt worden sind, übernimmt die Stadtgemeinde keinerlei Haftung.

§ 9.

Kommt in Begleit.

§ 10.

Leiden an gemeingefährlichen Krankheiten (M. G. vom 30. 6. 1900) Verstorbenen sind in der Leichenhalle in besonderen Absonderungsräumen unterzubringen; ebenso sind auch solche Leichen, von denen aus andere Krankheiten übertragbar sind (wie Cholera, Typhus, Diphtherie, Scharlach, Masern, Mumps, Keuchhusten, Tuberkulose, Syphilis, Lepra, etc.) eine besondere Absonderungsräume unterzubringen.

2188

Karlsruhe, den 28. Juli 1920.

Vab. Bezirksamt. - Polizeidirektion.

Aus dem Jenseitsrath der Panierfabrikanten soll nach Vorschrift des Statuts einem mittellosen, aber braven und fleißigen Schüler des Gymnasiums aus dieser Stadt bei seinem Abgang auf die Universität eine einmalige Unterstützung oder einem mittellosen, aber braven und fleißigen Kolonisten aus dieser Stadt, wenn er das Polytechnikum absolviert hat, eine solche Unterstützung, oder einem mittellosen, aber braven und fleißigen Kunstschaffenden aus dieser Stadt, wenn er seine Studien hier vollendet hat, eine solche Unterstützung als Beistand zu leisten. Bewerber um ein Stipendium sind bis zum 15. September ds. Jrs. unter Angabe der persönlichen und Vermögensverhältnisse der Bewerber bei uns einzureichen.

2063

Karlsruhe den 15. Juli 1920.

Das Bürgermeisterei.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Qb. Nr. 2785: 4 a 42 qm mit Gebäuden Angartenstraße 33.

Schätzung: 45 000 M.

Versteigerungstermin: Dienstag, den 17. Aug. 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.

Karlsruhe, den 14. Juni 1920.

Vab. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Im Späthjahr (Mitte September beginnend) findet für Geometerkandidaten, welche die erste Staatsprüfung bestanden haben, ein praktischer Lehrgang statt. (§ 5 Abs. 2 der R. V. vom 17. September 1898 in der Fassung vom 10. Juli 1906).

Gefuche um Zulassung zu diesem Kurs sind bis zum 25. August einzureichen.

Karlsruhe, den 23. Juli 1920.

Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus.

Die Geometerkandidaten, welche sich der diesjährigen zweiten Staatsprüfung unterziehen wollen, haben ihre Zulassungsgeluche unter Anschlag der in § 15 der R. V. vom 17. September 1898 vorgeschriebenen Belege bis zum 1. September bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Karlsruhe, den 23. Juli 1920. 2173

Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus.

Den Fortbildungsunterricht betr.

Die Eltern oder deren Stellvertreter, die Arbeits- und Lehrern sind nach § 10 des Gesetzes vom 19. Juli 1918 verpflichtet, die unter ihrer Obhut oder in ihrem Dienst oder Brot stehenden fortbildungspflichtigen Knaben und Mädchen mündlich oder schriftlich beim Volksschulrektor zur Teilnahme an dem Fortbildungsschulunterricht anzumelden. Ihnen die zum Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie zum gewissenhaften und regelmäßigen Besuch anzuhalten und sie beim Verlassen des Aufenthaltsortes unter Angabe des neuen Aufenthaltsortes sofort abzumelden. Neu zugehende Fortbildungspflichtige sind alsbald anzumelden. An- und Abmeldungen haben spätestens am vierten Tage nach dem Eintritt in das Dienst- oder Arbeitsverhältnis beziehungsweise dem Austritt aus demselben zu geschehen. Zuwiderhandlungen von Eltern oder deren Stellvertretern, sowie von Dienst- und Arbeitgebern gegen die Vorschriften des § 10 werden mit Geld bis zu 20 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 1. August 1920.

Das Volksschulrektorat.

Vom 15. Juli ab wird auch in diesem Jahre wieder bei gutem Wetter auf dem Lutherplatz täglich (ausgenommen Samstag und Sonntag) von 4-6 Uhr eine Leitung der Kinderspiele durch Kindergärtnerinnen stattfinden.

Bahnhof Frauenverein. 4502

Abteilung II.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich mein Elektrotechn. Installationsgeschäft für Licht-, Kraft-, Telefon- u. Klingelanlagen mit Reparaturwerkstätte nach Steinstr. 1, Tel. 2453 verlegt habe. Eduard Zischka Elektro-Installationsgeschäft.

Preis-Abbau im Delikatessen-Geschäft

Kaiserstraße 41.

Ab 2. August täglich frisch:

Hausgemachte Backwaren.

Es empfiehlt sich 4743

H. Eiermann.

Arbeiter! Agitiert für den „Volkstreue!“

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe. Dienstag, den 3. August, abends 7 Uhr, findet im „Colosseum“, Saal III, Waldstr. 16/18, eine

### Mitglieder-Verammlung

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Bericht der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.

Wir erziehen um zahlreichem Besuch. Die Ortsverwaltung. 4746

### Nie wiederkehrende Gelegenheit

bietet sich jetzt dem geehrten Publikum

### künstl. Zähne und Gebisse

(wenn auch zerbrochen) :: zu verkaufen. ::

### Zahle bis Mk. 50.- u. mehr

Nur Dienstag, den 3. August und Mittwoch, den 4. August, in Karlsruhe, Hotel „National“, Kriegstraße 90, von 9-6 Uhr

Max Scherr.

### Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstraße 34 - Fernsprecher 1846 empfiehlt zu Nettopreisen

Jackenkleider Mk. 105, 125, 140

Ripsmäntel Mk. 198

### Mostfässer

weingrün und fällfertig in jeder Größe gibt ab

### Weinhandlung Homburger

Kronenstr. 30 :: Karlsruhe.

### Wanzen, Käfer etc.

lassen Sie am besten durch meine Spezialverfahren mit Sicherheit Erfolg unter Garantie erzielen.

U. B. A. Fr. Springer, Karlsruhe nur Markgrafenstr. Nr. 52 - Telefon 3268.

### Rastatter Anzeigen.

### Verbilligung der Lebensmittel

Am Beschlusse mit der Zentralpreisprüfungskommission wurde die Verbilligung folgender Lebensmittel beschlossen:

Die Milch- und Butterverkaufspreise betragen ab 1. August:

Milch 1.50 pro Liter für Vollmilch

Milch 0.80 pro Liter für Rahmilch

Milch 15.00 pro Pfund für Butter

Der Graueisenpreis für Vollmilch ist auf 1.20 pro Liter festgesetzt worden.

Für Brot gelten ab 4. August folgende Verkaufspreise:

Milch 3.40 für den 1500 Gramm Laibbrot

Milch 1.70 für den 750 Gramm Laibbrot

Rastatt, den 31. Juli 1920. 2171

### Kartoffel-Ausgabe.

Am Dienstag, den 3. August von morgens 8 Uhr an in der Fruchthalle Ausgabe von neuen Kartoffeln.

Rastatt, den 31. Juli 1920.

### Butter-Verkauf.

Der Verkauf wird heute fortgesetzt für die Nummern 1621-2040 gegen Feiertage Nr. 3 Kopfteil 50 Gramm zu 1.80 Mk.

Rastatt, den 31. Juli 1920.

### Baden-Baden.

### Herabsetzung der Milch- und Butterpreise.

Aufgrund der am 25. ds. Mts. stattgefundenen Versammlung in Das von Vertretern aus den Kreisen der Milchzeuger in Das wurde die Herabsetzung der Milchverkaufspreise in den Kreisen Baden und Bahl beschlossen. Der Stadtrat beschließt daher im Einverständnis mit der Landesstelle Karlsruhe die Milchverkaufspreise mit Wirkung vom 1. August ds. Jrs. an, wie folgt festzusetzen:

Drei Haus geliefert oder bei den Verkaufsstellen abgeholt

1 Liter Vollmilch 1.70 Mk.

1 Liter Mager- oder Buttermilch 1.10 Mk.

1 Liter Vollrahmilch 1.80 Mk.

1 Pfund Butter 13.50 Mk.

Baden-Baden, den 31. Juli 1920. 2183

Der Stadtrat.

Brennstoff für Winderdemittelte.

Nachdem das Reich die Gewährung von Zuschüssen zur Verbilligung der Kohlen für Winderdemittelte einstellt hat, gelangen solche Zuschüsse aus der Stadtkasse nicht mehr zur Auszahlung.

Baden-Baden, den 31. J. 2183

Der Stadtrat.